

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Verlagsanlagensätze werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Polomny; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 99. Telegr.-Adr.: AVerband Bochum.

Die Grubenbesitzer für höhere Lebensmittelpreise.

Bisher galt der Grubensatz im Kriege, durch Teuerung der Waren und Bedarfsartikel eine Sparmaßnahme im Verbrauch zu erzielen. Gewiß ist Sparmaßnahme erreicht worden, denn was zu teuer war, konnte der mündigste Mann nicht kaufen. Aber dieser Grubensatz zog nach sich die Warenzurückhaltung, die Warenverderbnis, die Samsterei, die Nahrungsmittel- und Warenverfälschungen, überhaupt die wüsten Spekulation und den Wucher. Statt also Nahrungsmittel zu sparen, sind Untermengen von diesen dem deutschen Volke verloren gegangen. Nicht Sparmaßnahme, sondern eine förmliche Vergewaltigung von Nahrungsmitteln ist erzielt worden! Dadurch ist der Satz, „durch Teuerung zur Sparmaßnahme“, stark in Verfall geraten. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Volksernährung zwingt zu anderen Maßnahmen, und wir sehen denn auch, wie z. B. das Kriegsernährungsamt sich bemüht, durch besondere behördliche Maßnahmen, die man bisher nicht kannte, oder wo nur schwache Ansätze hierfür vorhanden waren, eine andere und bessere Regelung der Nahrungsmittelherzeugung und -verteilung herbeizuführen. Wenn in Verbindung mit diesen geplanten Maßnahmen eine Senkung der Produktion sowie eine gründlichere und einwandfreie Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln stattfindet, so soll uns das sehr freuen. Wir bedauern nur, daß diese bessere Regelung nicht in der Hauptsache auf Grund der Anwendung staatlicher Macht- und Organisationsmittel erfolgen kann, daß man immer noch auf dem Standpunkt steht, durch hochgehaltene Preise die Sicherung der Aufrechterhaltung der Produktion zu erhalten.

Die neuen Maßnahmen*) sehen einen allgemeinen Abbau der Preise nicht vor, was durch die Senkung der Preispreise in den Haushalten gespart wird, wird für Getreidefrucht mehr ausgegeben werden müssen, oder aber, es wäre möglich, trotz Erhöhung der Kornpreise die Brotpreise im Kleinverkauf auf der alten Stufe zu halten. Ist das möglich — und nötig wäre es gewiß —, dann dürfte im Volke manche Verbitte- rung verschwinden, denn daran ist nicht zu zweifeln: die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel stehen heute zu hoch. Das sieht jeder gesund denkende Mensch und Volkswirtschaftler ein. Anders natürlich die Interessenten, die die Produktion beherrschen, sie begeistern sich für hohe Preise und ziehen alle Register, um sie auch zu bekommen. Man lese nur die „Preise der Agrarier“, soweit die Lebensmittel in Frage kommen. Da staunt man, welche Gründe für die Notwendigkeit hoher Preise ins Feld geführt werden. Dasselbe Bild haben wir in den Organen der Industriellen, wenn es sich darum handelt, die Preise für Kohlen, Eisen, Leder, chemische Produkte usw. immer weiter in die Höhe zu treiben. So stark oft die Gegensätze zwischen industriellen und agrarischen Interessen sind, in dem Streben, Preise hochzutreiben und sich darin gegenseitig zu unterstützen, sind sie einig, da vergessen sie völlig, was sie sonst voneinander trennt.

Wie die Agrarier den Industriellen beistimmen, das zeigen die parlamentarischen Verhandlungen z. B. in der Kohlenfrage, und wie dankbar sich die Grubenbesitzer den Agrariern wieder erweisen, davon gibt ein lebendiges Zeugnis ein jüngst vom Bergbauischen Verein (Essen) an das Kriegsernährungsamt abgeschicktes Telegramm. Dieses ist gerichtet an Herrn von Batocki und lautet:

„Im Interesse der Ernährung der Arbeiterschaft des Industrie- weibes, über die in der letzten Sitzung des unterzeichneten Vor- standes eine erneute Aussprache stattgefunden hat, fühlen wir uns verpflichtet, bei Ew. Excellenz auch unsererseits eine ausreichende Erhöhung der Kartoffel- und Brotgetreidepreise zu befehlen, und zwar mit sofortiger Wirkung, um die unbedeutende aber ordnungs- mäßigen Frühjahrseinstellung noch verfügbaren Bestände für die menschliche Ernährung sicherzustellen. Den gleichen Zweck durch eine die Erhaltung ausreichender Viehbestände gefährdende Senkung der Viehpreise anzustreben, hatten wir im Hinblick auf die Notwendigkeit einer nachhaltigen Fleisch- und Fettversorgung der städtischen Bevölkerung für bedenklich. Wir empfehlen, Verkaufspreise, wie Rheinland-Westfalen, die Festsetzung des Verkaufspreises der in ihrem Bezirke geernteten Kartoffeln freigegeben, um unter mög- lichsten geringsten Verbandschwierigkeiten die Versorgung der größten Verbrauchsgebiete, insbesondere ihre Winterversorgung, sicherzu- stellen. Es kommt für den Verbraucher mehr auf das Vorhandensein als den Preis der Ware an. Der bisherige Mißerfolg des Versuches, gegen die Natur der land- wirtschaftlichen Verhältnisse zu regieren, ist zu groß, als daß die weitere Fortsetzung dieses Versuches verantwortet werden könnte. Sie verbietet sich ebenso im Interesse der darunter schwer leidenden Verbraucher wie unter dem Gesichtspunkte, daß von der aus- reichenden Versorgung der Industriebevölke- rung die Aufrechterhaltung der Betriebe des Bergbaus und der übrigen Kriegsindustrie ab- hängt.“

Bereit für die bergbauischen Interessen.

Der Vorstand: Eugenberg, Stinnes, Lindner.

Die Geschäftsführung: v. Loewenstein.

Dieses Telegramm steht im Gegensatz zu den Darstellungen, wie sie die Werkspreise selbst schon häufig genug über die Lebens- mittelfragen abgegeben hat, aber auch die Herren Eugenberg und v. Loewenstein haben hierfür — allerdings als Leiter des Besenverbandes — Auffassungen zum besten gegeben, die das Telegramm in eigenartiger Weise erscheinen lassen. Die beiden Herren haben in früheren Antworten namens des Besen-

verbandes Lohnforderungen bzw. Forderungen der Bergarbeiter auf Teuerungszulagen auf die Tatsache hingewiesen, „daß derartige schematische Lohn erhöhungen leicht verstärkend auf die Tendenz zur Erhöhung der Preise des Lebensunter- haltes wirken.“

Die Herren Eugenberg und von Loewenstein haben also Teuerungszulagen abgelehnt mit dem Hinweis, daß diese dann von der Verteuerung der Lebensbedarfsartikel, wozu in erster Linie doch die Lebensmittel gehören, wieder aufgezehrt würden! Und nun gehen die Herren hin und ermuntern die Regierung, die Lebensmittelpreise zu steigern, um dann eventuell später Lohnforderungen wieder mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise abzulehnen! Diese Art und Weise, Lohn-, Ernährungs- und Teuerungsforderungen miteinander in Verbindung zu bringen, werden die Bergarbeiter den Grubenbesitzern nicht verzeihen.

Anderes ist es, wenn es sich um Kohlenpreissteigerungen und um Erhöhungen anderer Bergwerksprodukte handelt. Dann lehnen die Herrschaften diese nicht ab mit der Begründung, daß dadurch die Preise für andere Produkte gleichfalls steigen. Nein, sie fordern die Preissteigerungen auch dann noch, wenn die Ge- winne der Grubengesellschaften in fortgesetzter aufsteigender Höhe sich bewegen. Als wenn eine Abmahnung vorläge! So han- deln die Agrarier auch: auch sie schreiben ständig nach höheren Preisen für die von ihnen gezogenen Produkte, obwohl ihnen im Kriege durch die fortgesetzten Steigerungen Milliarden Mark mehr in die Geldschränke geflossen sind als in Friedenszeiten. Geradezu frapierend ist die Solidarität, die in dem Streben, fortgesetzt die Preise zu steigern, die Landwirtschaft mit der In- dustrie verbindet. Das gibt zu denken, das ist ein Hand-in- Gend-arbeiten, für das die Arbeiterklassen schlimme Kosten zu zahlen haben. Es geht um ihre Existenz, um ihre Gesundheit, die aufs schwerste erschüttert werden.

Wenn gesagt wird, dem Verbraucher käme es nicht auf die Höhe der Preise an, sondern auf das Vorhandensein der Waren, so weisen wir die Herren von der Grubenbesitzerorganisation nochmals auf die unheimlichen Folgen einer bezugslosen Preis- politik hin, wie sie sich ganz besonders in der Vieh-, Fleisch- und Kartoffelfrage während des Krieges gezeigt hat. Mien- mengen von diesen Lebensmitteln sind dem Verbraucher nicht angeführt worden. Wir stehen nach wie vor auf dem Stand- punkt, eine bessere Regelung und Organisation der Produktion, eine bessere Kontrolle des Handels und eine mäßigere, dafür stabile Preispolitik hätte uns eher von dem Unheil, das über uns während der Kriegszeit gekommen ist, bewahren können, als die zu große Rücksichtnahme auf die Produzenten und letzten Endes Rücksicht auf deren Verdienste.

Wir wollen hoffen, daß die Staatsregierung und das Kriegs- ernährungsamt solche Anforderungen, wie sie vom Bergbauischen Verein an sie in dem Telegramm gestellt, zurückgewiesen werden. Das ist nicht nur unsere Meinung, sie wird auch von einem Teil der Preise gestützt, die den Grubenbesitzern sonst recht günstig gestimmt sind. So schreibt die „Dortmunder Zeitung“:

„Die Drangsal war u. G. recht überflüssig. Wir können uns keinerlei Nutzen von ihr verschreiben, wohl aber kann sie während für die Maßnahmen des Ernährungsamtes Dr. Michaelis wir- ken, indem man seinen Verfügungen, die ja, wenn sie wirksam sein sollen, nicht ohne Zwang sein können, entgegenhalten kann, die Ver- braucher selbst haben selbst im Preis das Alibi-Mittel gegen die Not. Es wäre natürlich ein großer Irrtum, in der Rundgebung der Herren Finanzrat Eugenberg und der Millionäre Stinnes und Lindner Wünsche der Verbraucher zu sehen. Für die Verbraucher in ihrer Gesamtheit ist der Preis durchaus keine Lebensfrage. Für sie ist die Möglichkeit, die Ware erhalten zu können, eine ebenso wichtige Lebensfrage wie das Vorhandensein der Nahrungsmittel. Mit dem freien Spiel der Kräfte haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Die Herren, die die obige Rundgebung zu erlassen für nötig hielten, sind natürlich diesem Spiel auf jeden Fall gewachsen. Aber nicht alle sind in der glücklichen Lage. Alle oder gilt es leistungsfähig und willensfreudig zu erhalten. Das müssen die verantwortlichen Träger des deutschen Ernährungsapparates Gott sei dank besser, als die Essener Herren. Wir dürfen deshalb vertrauen, daß sie sich durch die ungerufene und unbenutzte Essener Drangsal auch ferner nicht beirren lassen.“

Was das Dortmunder Blatt schreibt, dem ist vollinhaltlich zuzustimmen, das ist die Meinung aller mündigsten Ver- braucher, um deren Schutz es sich bei der Reorganisation der Lebensmittelförderung handeln muß. Sie sind es, die die größ- ten Opfer während des Krieges getragen haben, zum Teil bis zur Unentrichtlichkeit, was ganz besonders die Grubenbesitzer im Ruhrrevier wissen sollten. Die Vorgänge in den letzten Monaten auf den Ruhrgruben allein wären doch genug Veranlassung, daß der Verein für bergbauische Interessen mit der Drangsal zurückgehalten hätte. Ein solches Telegramm dient nicht dem wirtschaftlichen Frieden, das eine gute Sache an ihm ist, es stärkt das Recht der Bergarbeiter, höhere Löhne zu fordern, denn das Telegramm zeigt, wie die Grubenbesitzer mit dazu beitragen, die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verteuern und zu erschweren. Was sie an Lohn erhöhungen bisher zahlten, deckt noch lange nicht den Ausgleich gegenüber der schon eingetretenen Teuerungsverhältnisse und daher weisen die Bergleute den In- halt des Telegramms mit berechtigter Entrüstung zurück.

Herr v. Batocki gegen die Forderungen der Grubenherren.

Der obige Artikel war schon längst gefest, da erscheint in der Presse die Antwort des Präsidenten des Kriegs- ernährungsamtes, Herrn v. Batocki an die Grubenbesitzer. Wir haben von unseren hiesigen Darlegungen auch durch die in- zwischen erfolgte Antwort nichts zurückzunehmen und haben an-

ihnen Änderungen nicht vorgenommen. Die Antwort Batockis lautet:

„Auf die gefällige Drahtmeldung vom 19. März 1917 erwidere ich ergebenst, daß der Bundesrat über die künftigen Preise für land- wirtschaftliche Erzeugnisse bereits am 17. März 1917 Entscheidung getroffen hat. Eine Erhöhung der Preise für Kartoffeln und Brot- getreide des laufenden Erntejahres würde wiederum diejenigen Land- wirte bevorzugen, die bisher am wenigsten abgeliefert haben, und damit nach fast einmütiger Auffassung der Landwirtschaft selbst für die Zukunft verhängnisvolle Folgen haben.“

Reichliche Schweine- und Viehbestände zu erhalten und außer- dem bei mäßiger Ernte die Bevölkerung einigermaßen ausreichend mit Korn und Brot zu versorgen, ist unmöglich.

Die Mähernte an Kartoffeln und die hinter den Erwartungen zurückbleibende Ernte an Brotgetreide im Herbst 1916 hängt, da die Anbaufläche trotz der mäßigen Preise gegen 1915 geringen war, nach- weisbar nicht mit der Preisfrage zusammen. Die Antileiher zur Winterbedeckung ist trotz der schlechten Ernte vom Oktober bis De- zember 1916 nachweisbar größer gewesen, als nach der glänzenden Ernte im gleichen Zeitraum 1915. Während der abgelaufenen, un- gewöhnlich langen Frostperiode hätten auch bei höchsten Preisen Kartoffeln in größeren Mengen, ohne verderben anzukommen, nicht versandt werden können. In den Ostprovinzen herrschte bis in die letzten Tage noch erheblicher Frost. Es ist alles vorbereitet, um mit besten Aufträgen die Antileiher sofort in größtmöglichem Umfang durchzuführen.

Die deutsche Landwirtschaft hat trotz schwersten Mangels an Betriebsmitteln und menschlichen und tierischen Arbeitskräften, wie an Düngemitteln und anderen Betriebsstoffen und trotz ungewöhn- licher Ungunst der Witterung zwar selbstverständlich nicht so viel wie im Frieden, aber doch so viel erzeugt, daß bei sorgfältiger Ein- teilung entgegen den Hoffnungen unserer Feinde ein Durchkommen bis zur neuen Ernte völlig gesichert ist. Knappheit und Entsch- rungen sind bei Ausfällen der Ernte und ihren weiteren Schädi- gungen durch den Frost leider auch weiterhin in gewissem Umfang unvermeidlich.

Durch die erhöhten Preise für Bodenenergie im nächsten Jahre ist sichergestellt, daß auch die nächstjährige Bodenenergie- zeugung so hoch wird, wie es die Kriegsverhältnisse irgend zulassen. Eine noch weitere Steigerung dieser Preise, die den Vorschlägen der Deutschen Landwirtschaftsvereine im wesentlichen entsprechen, würde eine irgendwelche merkliche Vermehrung der Bodenenergie nicht zur Folge haben.

Durch die gleichzeitige Senkung der Viehpreise wird der schweren Gefährdung, die bisher beengte, daß von den geernteten Er- zeugnissen mehr als für die Volksernährung entzogen, veräußert, und weniger als für die Volksernährung unbedingt gebraucht, ab- geliefert wird. Bei der Beurteilung der Preisfrage vom Standpunkt des Verbrauchers ist im übrigen hervor zu heben, einseitig die Einkommensverhältnisse bei der Rüstungs- und Schwerindustrie zu berücksichtigen.

Ich bedauere, daß ich nach pflichtmäßiger, wohlüberlegter Her- zeugung und gründlicher Beobachtung unserer wirtschaftlichen Ent- wicklung im Frieden wie im Kriege über diese Frage so andere Meinung bin wie die Vertretung der deutschen Schwerindustrie. Bei der entscheidenden Bedeutung der Sache hielt ich mich für verpflichtet, meinen Standpunkt rückhaltlos und eingehend darzulegen und un- zertrennlich der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ges.: von Batocki.

Wir freuen uns der Antwort des Präsidenten des Kriegs- ernährungsamtes und sprechen unsere Genehmigung darüber aus, daß er anerkennt, daß die Preispolitik nicht das Alibi- mittel ist, die Produktion der Landwirtschaft zu sichern. Lesen wir richtig, so sagt er, daß die gewünschten Steigerungen der Preise jene Kreise am meisten begünstigen haben, die sich gegenüber dem Verlangen des Volkes nach Nahrungsmitteln am z u g e f ö p f e t e n zeigten. Wir gönnen den Landwirten ge- wiß ihren angemessenen Verdienst, aber die Preisfrage hat eine vernünftige Grenze einzuhalten. Das gilt auch in der Industrie in bezug z. B. auf die Kohlenpreise, wo gleichfalls ohne Rücksicht auf die Verbraucher drauf los gefordert wird. Diesen Leuten gönnen wir die Antwort v. Batockis, sie zeigt, daß den Geld- hamstern schließlich doch nicht die Bäume in den Himmel wachsen.

Nahrungsmittelversorgung auf den Gruben.

Eine Enquete, die uns vorliegt, gibt Aufklärung über die Lebens- mittelförderung der Bergarbeiter seitens der Gruben. Von der Er- quete sind nahezu 500 Werke in ganz Deutschland erfaßt worden, sie unterrichtet aber nur über die Versorgung von einem Monat — Januar dieses Jahres. Das vorliegende Material dürfte trotzdem dem Historiker und dem Volkswirtschaftler noch lange nach dem Kriege als ein wertvolles Beweismittel dafür dienen, wie die Bergarbeiter während der Kriegszeit mit Nahrungsmitteln versorgt wurden. Es ist selbstverständlich, daß die sogenannten Schwer- und Schwerstarbeiter, so- weit sie ihnen von Selbstversorgung keine Rede ist, unter dem allge- meinen Nahrungsmittelmangel stark zu leiden haben und man kann begreifen, warum sich die Werke, die selbst Arbeiter beschäftigen, Mühe geben, um besondere Nahrungsmittelmengen, die nicht der staatlichen und kommunalen Rationierung unterstellt waren, für die Arbeiter herbeizuschaffen. Das ging leichter, solange die Rationierung noch nicht so viel Arten von Waren umfaßte, vieles nach dem freien Handel unterlag, aber als nach Waren vom Auslande in gewissen Mengen nach Deutschland geschafft wurden. Die Möglichkeit, auf diesen Wegen Waren zu beschaffen, ist immer begrenzt gewesen, so daß man sich veranlaßt sah, u. a. auch auf illegalem Wege zu Nahrungsmitteln zu kommen. Inwiefern dieser Handel mit Schmuggelware, Auslands- ware und der unterirdische Handel mit inländisch rationierten Pro- dukten an Umfang zugenommen hat, dürfte wohl kaum festgestellt werden, viel Räuchergerüchten sind beim Verbot der illegalen Nahrungsmittelversorgung im Umlauf. Jedenfalls, das dürfte sich zeigen, in der Umfang dieser Art Versorgung, überhaupt die Ver- sorgung durch die Werke, recht eng begrenzt und mit allerhand Schwi- rigkeiten verbunden gewesen. Wenn es den Grubenbesitzern dennoch gelang, größere Mengen von Waren heranzuziehen, so geschah das von ihrer Raubhaltung, aber auch von ihren Verbindungen. Die Bergarbeiter selbst fragen nicht nach der Herkunft, sie sind froh, wenn sie neben den rationierten noch anderweitige Waren erhalten, um das

*) Siehe Notiz in heutiger Nummer unter der Rubrik „Wirt- schaftliche Rundschau“. Neue Frucht- und Schaf- stoffpreise.“

Unterrn 23. März wird aus Berlin gemeldet: Im Reichstagsaus-
schuß für Ernährungssagen erklärte v. Batocki, die Kartoffel-
bestandsaufnahme hätte im Vergleich zu der schlechten Ernte
in günstiges Ergebnis gebracht. Die Verluste durch Frost-
schädigung usw. würden wohlsehr gering nicht groß sein. Die Liefere-
rung von 5 Pfund pro Kopf und Woche und 5 Pfund Zulage für
Schwerarbeiter würden sichergestellt werden, und zwar bis zur Früh-
jahrsernte, so daß die Ausfuhr bestehe, daß die Bevölkerung in
diesem Frühjahr und Sommer mehr Kartoffeln erhalte als im Vor-
jahre. Zur Verbilligung der Sonderlieferung von 250 Gramm für
die Minderbemittelten zählt Reich und Bundeskassat den Gemeinden

pro Kopf der Bevölkerung ohne Unterschied und pro Woche 70 Pfennige. Außerdem würde den Regierungspräsidenten ein weiterer Betrag für besondere Bedürfnisse zur Verfügung gestellt. Zum Schluß wiederholte der Präsident die Versicherung, daß die Verabschiedung der Brotration am 15. April nur dort in Kraft trete, wo sowohl die Kartoffeln als auch die Fleischlieferung funktioniere.

Soweit die Meldung. Bekanntlich soll die wöchentliche Brotmenge vom 15. April ab um ein Viertel herabgesetzt werden. Die oben angegebene Erhöhung der Kartoffelration von 3 auf 5 Pfund pro Kopf und Woche sowie die Erhöhung der Fleischration auf 1 Pfund sollen den Ausgleich bilden für die Verminderung der Brotration. Wie sich die Dinge in Wirklichkeit regeln werden, werden wir noch sehen. Jedenfalls muß für ausreichende Ernährung, vor allen Dingen der Industriearbeiter, gesorgt werden. Und es wird nicht schaden, daß die von Regierungsebenen geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Nahrungsmittelversorgung strenger wie bisher gegen den Wucher vorgegangen und gleichzeitig alles daran gesetzt wird, Verheimlichungen von Nahrungsmittelvorräten nachzuspüren.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Werbt die Jugend an!

Ein Kamerad aus dem Gladbecker Bezirk schreibt uns: Da wir jugendliche Arbeiter gleichfalls in den Verband aufnehmen können, so ist es nötig, mehr wie bisher die Jugend für den Verband zu gewinnen! Wenn der Krieg zu Ende geht und wir wenig ein gewerkschaftliches Jugendorgan erhalten werden, wird die Schulpflicht der Jugend besser wie heute vor sich gehen können, aber bis dahin müssen wir dafür sorgen, daß der Boden für die Erhaltung und für eine bessere Schulung der Jugend schon vorbereitet ist, indem wir eine ständige Anzahl dieser jungen Arbeiter organisieren. Ich komme viel unter jugendliche Arbeiter und habe recht gern Umgang mit ihnen und habe hierbei gefunden, daß die Jungen oft eher für den Verband zu gewinnen sind, als die bekannten älteren überflügten Leute. Dazu kommt ja der niedrige Beitrag von 10 Pf. pro Woche, der eine Reihe Unterstützungen sichert. Es wird nötig sein, in Bezirkskonferenzen und Ortsabteilungsversammlungen die Frage der Organisation der Jugend mehr ins Auge zu fassen; hat die Zahlstelle eine Anzahl von ihnen und wird die Jugend danach behandelt, so wird die Agitationsarbeit der älteren Kameraden sehr gestützt werden. Die Jugend hat heute eine andere Schule genossen, tritt mit besserem Kenntnissen ins Leben ein, es beherrscht sie schon ein anderer Geist, als wie uns alte Leute in jungen Tagen und so meine ich, können wir sie auch zu besseren Kämpfern erziehen, wie es im Durchschnitt die alten Bergleute sind.

Derzeit ist Werbezzeit für die Jugend! Wenige Tage noch und die Tore der Schulen werden für zehntausende Bergmanns-kinder geschlossen. Die Stürme und Kämpfe der Arbeit und des Lebens treten an diese jungen Leute heran. Man darf sie nicht sich allein überlassen, sondern wir alte organisierte Arbeiter müssen anfangen, unseren Kindern und jungen Freunden zu lehren, es besser zu machen, wie wir es getan haben. Wir müssen den Jungen Freund und Berater werden und in ihnen das goldene Reiz der Solidarität pflanzen, damit sie ihren Stolz und ihre Aufgabe darin sehen, sich Menschenwürde anzueignen. Den Kampf müssen sie schon jung wegen lernen, den Kampf um die Gebung und wahre Menschwerdung der gesamten Bergarbeiterchaft.

Die Zeche Präsident, v. d. Heydt, Konstantin d. Gr. VIII/IX, sowie Konstantin X vor dem Schlichtungsausschuß Bochum.

Uns geht folgender Bericht zu:

Die Zechepräsidenten genannter Zeche hatten ihre Arbeiterausschüsse beauftragt, den Werksverwaltungen Forderungen auf Erhöhung der Löhne zu unterbreiten sowie einen Zuschlag für Hebearbeit zu gewähren. Das ist geschehen. Da es aber zu einer zufriedenstellenden Einigung nicht kam, nahm die Zechepräsidenten den in Lohnfragen im Hilfs-Verein gesetzlich vorgesehenen Schlichtungsausschuß in Anspruch. Die Verhandlungen vor diesem Ausschuss fanden am 23. März statt und dauerten über sieben Stunden. Ein Rundentwurf, wie er im Gesetz vorgesehen ist, wurde als Beistand der Arbeiterausschüsse nicht zugelassen, mit Ausnahme der Zeche v. d. Heydt, wo sich der Arbeiterausschuß einen Vertreter mitgebracht, der der Zechepräsidenten angehörte. Wenn es sich um Zeche aus § 9 des Gesetzes handelt, wird ein Vertreter zugelassen, dagegen soll die Zulassung eines Vertreters oder Beistandes aus § 13 des Gesetzes (Schlichtungsausschuß in Streitfällen zwischen Arbeiterausschuß mit dem Arbeitgeber) nach § 22 der Verordnung vom 30. Januar 1917 nicht zulässig sein, weil der Arbeiterausschuß hier nicht als Vertretung, sondern als Vertreter der Zechepräsidenten auftritt. Von Arbeitsmessen wurde gegen diese Auslegung des § 22 der Verordnung protestiert und darauf hingewiesen, daß man in anderen Schlichtungsausschüssen die Vertreter auch bei Streitfällen aus § 13 zugelassen habe. Man wurde sich darin einig, daß der Vorsitzende wegen Nichtanwesenheit der Vertreter, wo es sich um Fälle aus § 13 des Gesetzes handelt, bei der Kriegsausschüsse in Berlin anfragen soll.

Als erster Punkt wurde die Streitfrage der Zeche von der Heydt verhandelt. Nach längerer Beratung kam ein Vergleich auf folgender Basis zustande:

Zwischen der Verwaltung der Zeche von der Heydt und dem Arbeiterausschuß als Vertreter der Zechepräsidenten wurde auf Grund der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß für die Bandenbezirke Bochum I und II vom 23. März 1917 über den Antrag der Zechepräsidenten auf Lohnerhöhung folgender Vergleich geschlossen:

1. Der Arbeitgeberverwalter erklärt: Der Hauer-Durchschnittslohn wird bei den Leistungen der Zeche im Durchschnitt im letzten Vierteljahr 1916 erzielt und unter der Voraussetzung, daß besondere wirtschaftliche Rückschlüsse nicht eintreten, voraussichtlich weiter steigen, so daß im Juli etwa der gewöhnliche Durchschnittslohn von 10,50 Mk. einschließlich Kinderlohn und Prämie erreicht wurde.

2. Hinsichtlich der Schichtlohn über und unter Tage wies der Arbeitgeberverwalter unter Anführung von Zahlen der Lohnstatistik darauf hin, daß seit Oktober 1915, insbesondere in den Monaten Februar und März 1917, Lohnsteigerungen eingetreten seien und für den 1. April 1917 eine weitere Erhöhung von durchschnittlich 30-50 Pf. pro Mann und Schicht festgesetzt sei.

Der Arbeiterausschuß erklärte sich mit diesen Ausführungen einverstanden und verpflichtete sich, in der Zechepräsidenten auch für diese Einigung einzutreten. Dieser Erklärung schließt sich auch der in der Zechepräsidentenversammlung gewählte Vertreter v. Dieckhoff an.

Reise. Altmann. Kowal. Heberich. v. Dieckhoff. Knipping. Walldorf. Joh. Sommer. Fr. Kruppa. Dr. W. Baare. A. Schumann. Windmüller.

Hiemlich schwierig gestaltete sich die Verhandlung mit der Zeche Präsident. Nach eingehender Beratung des Schlichtungsausschusses wurde hier den beiden Parteien folgender Schlichtungsspruch des Schlichtungsausschusses unterbreitet:

Seitens des Arbeiterausschusses waren erschienen die Herren Krüger, Schumann und Kowalew; seitens der Zeche Herr Assessor Freimuth.

1. Der Hauer-Durchschnittslohn wird bei den Leistungen der Zeche, wie sie im Durchschnitt im letzten Vierteljahr 1916 erzielt wird, voraussichtlich weiter steigen, so daß am 1. Juli 1917 etwa der gewöhnliche Durchschnittslohn von 10,50 Mk. erreicht sein wird.

2. Die Schichtlohn über und unter Tage sollen mit Wirkung vom 1. März 1917 um 20-40 Pf. erhöht werden. Die weitere

Erhöhung bis zum Juli soll noch einmal denselben Betrag ausmachen.

3. Voraussetzung für die Zugeständnisse zu 1 und 2 ist, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens die Möglichkeit zur Durchzahlung dieser Zugeständnisse gibt. Die Erhöhung der Schichtlohn am 1. März soll jedoch auf alle Fälle eintreten.

4. Die Verwaltung ist bereit, den Mitgliedern des Arbeiterausschusses die Unterlagen über die Entwicklung der Lohnverhältnisse zur Einsicht vorzulegen.

5. Die siebenstündigen Ueberstunden werden voll gerechnet. Die von Sonntags vormittags 6 Uhr bis abends 6 Uhr begonnenen Schichten werden mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt.

Die drei Mitglieder des Arbeiterausschusses erklärten sich mit den Zugeständnissen des Vertreters der Werksleitung einverstanden und verpflichteten sich, auch im Kreise der Zechepräsidenten auf eine Zustimmung hinzuwirken.

Freimuth, Krüger, Schumann, Kowalew. Knipping, Walldorf, Joh. Sommer, Fr. Kruppa, Dr. W. Baare, A. Schumann, Windmüller.

In der nachfolgenden Sache der Zeche Konstantin, Schacht VIII und IX wurde nach in letzter Stunde eine Einigung erzielt und kam folgender Beschluß zustande:

Für den Arbeiterausschuß der Zeche Konstantin, Schacht VIII u. IX waren erschienen die Herren Buder, Schott und Freje; seitens der Zeche Konstantin d. Große Herr Assessor Straeter. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses erklärten: Wir haben uns geeinigt und ziehen unseren Antrag zurück.

Herr Assessor Straeter bestätigte die Einigung. Straeter, Buder, Schott, Freje. Knipping, Walldorf, Joh. Sommer, Fr. Kruppa, Dr. W. Baare, A. Schumann, Windmüller.

Desgleichen kam zwischen dem Arbeiterausschuß der Zeche Konstantin, Schacht X und dem Vertreter der Zeche Konstantin eine Einigung zustande, deren Wortlaut wir auch hier folgen lassen:

Für den Arbeiterausschuß der Zeche Konstantin, Schacht X waren erschienen die Herren Albert Stahm und Albert Sabitz; das dritte Mitglied aus der Zeche Konstantin über Tage, Nikolaus Toppel, war nicht erschienen, hat auch den Antrag nicht mitunterzeichnet. Seitens der Zeche Konstantin d. Gr. war erschienen Herr Assessor Straeter.

Nachdem nach Eintritt in die Verhandlung wurde diese vertagt, um den Parteien Gelegenheit zu einer Aussprache und Einigung zu geben. Nach Wiedereröffnung derselben erklärten die Vertreter des Arbeiterausschusses: „Wir haben uns geeinigt und ziehen unseren Antrag zurück.“

Herr Assessor Straeter bestätigte die Einigung.

Straeter, Stahm, Sabitz. Knipping, Walldorf, Joh. Sommer, Fr. Kruppa, Dr. W. Baare, A. Schumann, Windmüller.

Der Ausschuss von letztgenannter Schachtanlage hatte in seiner Eingabe an den Schlichtungsausschuß u. a. eine 30-prozentige Lohnerhöhung beantragt. Der Durchschnittslohn für Kohlenhauer betrug

In unsere Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zur Grubenarbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kameraden nicht rechtzeitig bei der Ortsverwaltung der Zahlstelle an. Die zur Arbeit beurlaubten Kameraden sind oft der Ansicht, daß sie noch im Militärverhältnis ständen und deshalb keine Beiträge zahlen brauchten. Diese Ansicht ist falsch. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß alle Mitglieder, die vom Militärdienst zur Grubenarbeit entlassen, beurlaubt oder abkommandiert sind, sich ungeachtet bei ihrer Zahlstellenverwaltung anzumelden haben. Nur solchen sich sofort meldenden Mitgliedern kann auch die Militär- bzw. Kriegsdienstzeit als Mitgliedszeit angerechnet werden. Wer sich weder bei einer Zahlstellenverwaltung noch beim Vorstand meldet, geht seiner vor der Einberufung erworbenen Ansprüche an den Verband verlustig. Wir bitten alle Mitglieder, die vom Kriegsdienst entlassenen Mitglieder auf diese Bekanntmachung aufmerksam zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Nach Mitteilung des Werksverwalters gelegentlich der Einigungsverhandlung mit dem Arbeiterausschuß auf diesem Werk im Januar d. J. 9,50 Mk. im Februar 9,55 Mk.; der Durchschnittslohn für holl erwerbsfähige Schichtlohn im Januar 8,23 Mk., im Februar 8,44 Mk.; der Durchschnittslohn für Reparaturhauer im Januar 8,48 Mk., im Februar 8,54 Mk.; der Durchschnittslohn für Jugendliche im Januar 4,81 Mk., im Februar 4,88 Mk. Das Gebot soll im März und April 3. um je 15 Prozent erhöht werden. Damit wäre die Forderung um 30 Prozent Lohnerhöhung für Grubenarbeiter zugestanden. Die Schichtlohn sind im Februar um 20-40 Pf. erhöht worden und sollen im März nochmals um 30-40 Pf. erhöht werden und im April soll gleichfalls eine Erhöhung von 30-40 Pf. eintreten. Die Erhöhung der Schichtlohn beträgt mithin 0,80-1,20 Mk., also eine durchschnittliche Erhöhung von 1 Mk. pro Schicht. Auf Grund dieser gemachten Zugeständnisse des Werksverwalters den Arbeiterausschüssen gegenüber ist dann die vorstehend bekannt gegebene Einigung zwischen beiden Kontrahenten erzielt worden.

So der Bericht, den wir wiedergeben, wie er uns geschrieben wurde. Auf die Verhandlungen in den verschiedenen Schlichtungsausschüssen kommen wir noch eingehender zurück.

Wie es nicht gemacht werden darf.

Aus Reife schreibt uns ein Kamerad, daß es mit der Werbestellung für den Verband bei vielen Kameraden manchmal recht schlecht bestellt ist. So hatten wir uns besprochen, mit 8 bis 10 Mann eine Hausgesellschaft vorzunehmen, als aber der Tag anbrach, waren nur drei Kameraden erschienen. Trotzdem liegen wir drei und nicht verheißten und das Ergebnis unserer Arbeit waren 10 Neuaufnahmen. Neben die anderen Kameraden mitgenommen, so wären doch mindestens 25 Kameraden in den Verband aufgenommen worden. Also darf das Eigenheißeln zu Hause nicht gemacht werden, sondern wollen wir den für uns so notwendigen Verband vorwärts bringen, dann müssen wir viel organisierte Kameraden wie möglich Hand ans Werk legen. Nur so beteiligen wir die Gehehen, die die Inorganisierten noch für die Kämpfe der Bergarbeiter bilden.

Ausführung auf Zeche Konstantin II/VII.

In der Ausführung am 14. März wurden eine ganze Reihe Fragen behandelt. Es wurde verlangt, daß die Frist für die Kohlenlieferung auf 10 Tage verlängert wird wegen Mangel an Fuhrleuten. Die Verwaltung erklärte, daß dies nicht wegen der Abrechnung am Monatslohn ginge; dagegen könnten die Fuhrleute noch drei Tage länger abfahren. Dem Wunsch, die Fuhrleute zu ersuchen, wurde Prüfung zugesagt. Dann wurde die Vergrößerung der Badekannen beantragt; das soll bis nach dem Kriege vertrieben werden, weil das Wasser jetzt unterkühlt sei. Wegen der schlechten Beschaffenheit der Treppen soll eine Revision stattfinden. Kumpfbühnen wurde für die Vergrößerung gefordert, das Werk stellt aber keinen Kumpfbühnen her, sondern nur Kumpfbühnen; es soll nach Möglichkeit Holz beschafft werden. Dem Wunsch, den Arbeiterausschuß zur Lebensmittelaufsicht hinzuzuziehen, wurde mitgeteilt, ebenso wurde verprochen, sich um Herbeischaffung von Lebensmitteln zu bemühen. In der Frage der

Löhne macht Herr Bergassessor Müstl bekannt, daß den Schichtlohnern vom März ab 50 Pf. zugelegt wurden. Die Löhne betragen im Durchschnitt:

	Hauer	Gesamtschichtlohn
1916 November	9,37 Mk.	7,43 Mk.
1917 Januar	4,42 Mk.	7,81 Mk.
Februar	9,62 Mk.	7,71 Mk.

Sicherheitsmännerwahl auf Zeche Baldu.

Für den 12. April ist hier eine Sicherheitsmännerwahl ausgeschrieben. Es kommen die Meierei II, III und VI (Fahrabteilung) in Frage. Die Wahlzeit ist von 6 bis 7 Uhr morgens und von 1 bis 4 Uhr nachmittags festgesetzt. Trotzdem nun die Wahl im Zeichen des „Burgfriedens“ getätigt wird, ist es dennoch Pflicht der Kameraden, sich recht zahlreich an der Wahl zu beteiligen. Als Kandidat wurde der Kamerad Josef Schröder aufgestellt.

Wie die Hindenburgspende verteilt wird.

Aus Duer-Grie erhalten wir die Mitteilung, daß in der am 11. März stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Zeche Graf Wiemar auch die Frage der Verteilung der Hindenburg-Spende angesprochen wurde. Es wurde lebhaft kritisiert, daß u. a. der Wettersteiger Kleineden circa 10 Pfund Sped und Butter zusammengekauft hätte. Der Arbeiterausschuß von den Schächten I und IV habe gleichfalls zu der Frage Stellung genommen, wobei angegeben wurde, daß der Steiger „einige Pfund“ Sped erhalten habe, die Ware wäre der Hindenburg-Spende entnommen worden. Die Schichtanlage I und IV gehört aber zu Velsenkirchen, während der Steiger auf Schacht II/VI beschäftigt ist, somit hätte warten müssen, bis die Spende aus Duer zur Verteilung gelangte.

Daß Fleisch und andere Warensorten in erster Linie den Beamten zugute kommen und dann erst die Belegschaft kommt, das ist bekannt; aber auch, daß Bauern mit Hinweis auf diese Bevorzugung der Beamten vielfach mit der Spende zurückgehalten haben. Eine Nahrungs-mittelkassa bei den Gruben- und Hüttenbeamten würde besondere Überlegungen erfordern. Wir registrieren den Fall aus Duer, damit die zuständige Behörde den Sachverhalt einmal untersucht und dazu beiträgt, daß solche Verteilungen auf Kosten der Arbeiter endlich aufhören.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Kohlendendelein.

Nach Kanno wird uns geschrieben: Seit vier bis fünf Wochen haben die meisten Arbeiter um Senftenberg herum keine Kartoffeln, dafür werden Kohlrüben massenhaft angeboten. Es gibt Arbeiterfamilien, die morgens, mittags und abends mit Kohlrüben fröhlich nehmen müssen, da die Verteilung anderer Waren sehr im argen liegt. In der Zeche gibt es für eine drei- bis fünfköpfige Familie aufammen 3 bis 4 Pfund Maizgras, Graupen, Hirse oder Weizen; in Frage kommen hierbei auch Schmeer- und Schmierarbeiter. Fleisch gibt es 200 Gramm und Butter 50 Gramm. Die Brotration für den Monat ist schon verbraucht, ehe er um ist, die Schwerarbeiterzulagen müssen meist erst reklamiert werden. 1 Zentner Kohlrüben werden einem halben Zentner Kartoffeln gleichgerechnet. Es wird den Belegschaften angeboten, Mittagsessen aus der Werkskantine zu nehmen, aber da sind meist wenig oder auch keine Kartoffeln im Essen. Trotzdem wird dem Bezieher dieses Essens 1 Pfund vom Gesamtquantum abgezogen. Man kann sich also denken, wie es in den Bergarbeiterfamilien aussieht.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 13. Woche (vom 25. bis 31. März 1917) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Verbandsmitglieder! Werbt stets neue Mitglieder für den Verband! Führt die jetzt zahlreich auf den Werken beschäftigten Arbeiterinnen und Jugend. Führt unsern Verband zu!

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie sich beim Umzug in der Zahlstelle oder von einer Zahlstelle zur anderen beim Vertrauensmann um- bzw. an- und abzumelden haben. Diese Pflicht wird leider von vielen Mitgliedern vernachlässigt. Wir bitten dringend um Beachtung.

Rechtschutz betreffend.

Sprechstube. Die Sprechstunden des Arbeitersekretariats finden jetzt nicht mehr des Freitags, sondern des Dienstags nachmittags statt.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:
Dortmund V. Vom 1. bis 15. April.

Bücherveränderungen.

Gelsenkirchen VI. Der Vertrauensmann August Karloßka wohnt vom 1. April ab Hohenzollernstraße 62.
Münche. Als 1. Vertrauensmann fungiert ab 1. April Kamerad Karl Pancke in Münche, Waldstraße 277.

Bibliotheken.

Hassel. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Brüdner, Mörtgerweg 5. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr vormittags.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Otto Reiser, Kamerad II.	Josef Mühl, Bergberg.
Ernst Amier, Jöhren.	Karol Kozar, Bergberg.
Ernst Kunis, Reußbach.	Edmund Schwabe, Leuzern.
Herrn. Kuschawa, Witterfeld.	Gustav Böcher, Gladbeck II.
Herrn. Feste, Witterfeld.	Ernst Böcher, Gladbeck II.
Karl Böcher, Witterfeld.	Ernst Böcher, Gladbeck II.
Hans Breisig, Lützenau.	Ludw. Holombinski, Altenbäum.
Wilhelm Engel, Gising III.	Emil Seeliger, Leipzig-Dölitz.
Leberecht Sohn, Stodum.	Magimilian Kinte, Randerf.
Friedr. Bod, Lär.	Josef Schmid, Wadersdorf.
Joh. Kaczmarek, Rangenbreer I.	Georg Hausner, Wadersdorf.
Viktor Brandt, Rangenbreer I.	Johann Rimmel, Wadersdorf.
August Klepp, Giesinghofen.	Friedr. Galla, Aray. (3688)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Wir empfehlen:

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neue Zeit

Von Otto Hue.

Erster Band 456 Seiten : : : : Zweiter Band 760 Seiten
Vorzugspreis f. d. Mitglieder d. Verb. d. Bergarb. Deutschlands:
Beide Bände in schönem Leinenband auf 8 Mark

J. Hunsmann & Co., Bochum, Wiemich, Straße 42